

Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Stadtbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, K. G., Dresden.
Gebr. Kersch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abendausgabe einschließlich Belegbogen mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Loben, Wägen, Rumpfen“, außerdem „Walt und Welt“ monatlich 2 Blatt, halbjährlich 1 Blatt. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Westerntorplatz 10, Dresdener Nr. 3531. Spree-
künde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Westerntorplatz 10, Dresdener Nr. 3531 und 1272.
Veröffentlichung von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Kompakt-
zeitung 10 Pf., die 36 mm breite Kompaktzeitung 20 Pf., für auswärts
zusätzlich 4 Pf. und 2 Pf. Familienabonnenten, Stellen- und Ver-
einspreise 40 Pf. Rabatt. Für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 43

Dresden, Montag den 20. Februar 1928

39. Jahrg.

Fortwursteln bis Mai

Die Sozialdemokratie beharrt in der Opposition

Von unserm Berliner Bureau wird uns geschrieben:

Von unserm Berliner Bureau wird uns geschrieben: Am Sonnabend hat der Bürgerblock nun doch noch sein Notprogramm zustande gebracht. Seiner anfänglichen Pläne dieses Programm an der Sozialdemokratie scheitern zu lassen und dann unter einer antisozialistischen Parole in den Wahlkampf zu ziehen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von vornherein zu vereiteln gemocht. Schon schien die Auflösung des Reichstags unvermeidlich, als der Reichspräsident eingriff und die Freunde von gestern zur Verabschiedung des Etats und ihres Notprogramms verpflichtete. Was schließlich aus dieser Verpflichtung wird, bleibt eine andere Frage.

Es ist zum Verständnis der so entstandenen innerpolitischen Lage notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Vorgänge der letzten Woche zu werfen. Sie begann mit der einmütigen Feststellung der Regierungsparteien, daß das Reichsbudget als gescheitert zu betrachten sei.

Was also war zu tun, um die Auflösung des Reichstags möglichst hinauszuschieben? Das Zentrum wünschte die Erledigung des Etats durch die gegenwärtige Volksvertretung. Dem schloß sich die Deutsche Volkspartei an, ohne daß freilich ihren Auffassungen von den beiden anderen Regierungsparteien noch eine besondere Bedeutung beigelegt werden wäre. Indessen war mit der Verabschiedung des Etats auch noch nichts erreicht, wenn damit nicht gleichzeitig eine großangelegte Rettungsfaktion für das, was die deutschnationalen Landwirte nennen, verbunden werden konnte. Zum Glück der deutschnationalen kam der Hindenburg-Brief, der die Notwendigkeit agrarischer Hilfsmaßnahmen betonte. Aber angesichts der Weigerung des Zentrums, den Termin der Neuwahlen über den Mai hinauszuschieben, tauchte die Frage auf, ob es möglich sein würde, in dieser Frist und noch dazu mit einer innerlich zerrissenen Regierung das Agrarprogramm zu verwirklichen. Daran war nur zu denken, wenn man die Opposition mundtot zu machen oder sie jedenfalls an Anträgen, die eine längere Diskussion heraufbeschwären und möglicherweise sogar die Weichen der bisherigen Regierungsparteien spalten könnten, zu verhindern vermochte.

Auch die sozialdemokratische Fraktion hielt die Erledigung des Haushaltsplans für erforderlich. Einmal um dem Reichstag den Vorwurf zu ersparen, er sei auseinandergegangen, ohne seine wichtigsten Arbeiten beendet zu haben, dann aber auch, um die aller Wahrscheinlichkeit nach anders zusammengesetzte neue Regierung nicht in der Rolle zu verfehlen, dem neu gewählten Parlament in der Eile einen Etat vorzulegen, der sich zwar so wie immer im wesentlichen an den vom Bürgerblock aufgestellten Haushaltsplan hätte anschließen müssen. Aber die Sozialdemokraten und die Demokraten waren weit davon entfernt, die großagrarischen Ansprüche befriedigen zu wollen. Sie konnten sich verhalten — um eine baldige Auflösung herbeizuführen — die Behandlung des Etats und auch des Liquidations- und Abrechnungsgesetzes beschleunigen zu helfen. Sie konnten auch auf sogenannte Agitationsanträge verzichten, aber es lag auf der Hand, daß sie für eine auch nur passive Unterstützung der deutschnationalen Demagogie nicht zu haben waren.

Aus diesem Grunde hatten die Freunde des deutschnationalen Grafen Westarp zunächst gar kein Interesse an einem positiven Ausgang der mit der Opposition angeknüpften Verhandlungen. Es wäre der deutschnationalen am liebsten gewesen — und der Berliner Lokalanzeiger hat das am Sonnabend morgen mit dankenswerter Offenheit ausgeplaudert — wenn die Verhandlungen an den Sozialdemokraten und den Demokraten gescheitert wären. Dann hätte man hinausgehen können mit der natürlich verlogenen, aber wie man hoffte, inoffiziellen Feststellung, die Linke habe nicht nur das Zustandekommen des Haushaltsplanes, sondern auch die dringende Unterstützung für die Landwirtschaft von vornherein verhindert. Die Städte hat man sowieso mehr oder weniger abgesprochen, aber auf dem Lande glaubte man mit einer solchen Parole noch Geschäfte machen zu können.

Auch dieses schöne Spiel wurde gestört, und zwar von der gleichen Stelle, deren Eingreifen bis dahin den deutschnationalen so willkommen gewesen war. Der Reichspräsident wollte zur Einigung, und für die, die ihn gewählt hatten, war es nun mit Rücksicht auf ihren Anhang im Lande so gut wie unmöglich, sich diesem neuen Appell zu widersetzen. Sie haben sich genötigt, ihre Forderungen herabzuschrauben und ein Maß, das auch dem Zentrum noch erträglich er scheinen dürfte. Das aber bedeutete, daß auch der Opposition kein Verzicht mehr auf Abänderungsanträge angeschlossen konnte. Die Rechte mußte es sich gefallen lassen, daß Sozialdemokraten und Demokraten sich ausdrücklich freier bewegen durften, und der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Hermann Müller, in der Zusammenkunft des Reichstags insbesondere diejenigen Punkte des Landwirtschaftsprogramms, die veterinärpolizeiliche Grenzmaßnahmen und die Herabsetzung des Getreidepreiskontrahents betreffen,

nicht einmal als Teil eines Arbeitsprogramms für annehmbar erklärte.

Die Dinge stehen also so: Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, einer Beendigung der Etatsberatung bis zum 31. März keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Sie wird den Etat ablehnen, aber sie wird seine Verabschiedung nicht verzögern. Darüber hinaus hat die Sozialdemokratie nicht die geringste Verpflichtung. Sie war und bleibt Opposition. Sie kann und wird Anträge stellen, die ihr im Interesse der Arbeitnehmerschaft, der Kleinen und der mittleren Bauern als notwendig erscheinen, und wird abwarten, ob die Parteien der bisherigen Koalition die nötige Geschlossenheit besitzen, um sie abzulehnen. Trennen sie sich an diesem oder jenem Punkte — und diese Möglichkeit ist fast wahrscheinlich — so ist der Kladderadatsch da. Dann muß die Auflösung des Reichstags schon vor dem 31. März erfolgen.

Man kann es verstehen, daß es den deutschnationalen unter solchen Umständen in ihrer Haut nicht wohl ist, und man kann es ebenso begreifen, daß die übrigen

Parteien des ehemaligen Bürgerblocks die Dinge ebenfalls nur mit einer sehr herabgeminderten Befriedigung betrachten. Geradezu bejammernswert aber ist das Kabinett, das sozusagen als Abwicklungsstelle der letzten Koalition übriggeblieben ist. Aber sie alle haben das Schicksal, das sie verdienen.

Das „Notprogramm“

Hindenburg erzwang „restlose“ Einigung der Regierungsparteien

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat den Parteien für die Verhandlungen des Reichstags bis zum Ablauf des Etatsjahres ein Notprogramm vorgelegt. Sie legt auf seine restlose Durchführung zur Wirksammachung der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidendes Gewicht. Sie wird nach Erledigung des Programms — selbstverständlich auch für den Fall seines Scheiterns — die Auflösung des Reichstags vom Herrn Reichspräsidenten erbitten. Die Reichsregierung wird ihrerseits alle Vorkehrungen treffen, um Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Monats Mai zu ermöglichen. Sollte wider Erwarten zur Durchführung von Wahlen im Reichstag über das Ende des Etatsjahres hinaus beraten müssen, so fordert die Reichsregierung, daß hierfür im Reichstag die geschäftsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die Verhandlungen aber so ge-

Hamburger Wahlen

Schreckenstatistik der Reaktion — Aufseuchung der Nichtwähler — Die Sozialdemokratie hielt Stand!

SPD, Hamburg, 20. Februar. (Eig. Funkdruck.)

Der Stimmenerfolg der Hamburger Sozialdemokratie bei der Bürgerstadtwahl vom Oktober 1927, der einen Gewinn von zehn Mandaten brachte, hatte das Bürgerstimmentum in Angst und Schrecken versetzt. Nachdem nun durch das Urteil des Staatsgerichtshofes eine Neuwahl erfolgen mußte, wandten die Reaktionsparteien die stärksten Mittel gegen die Sozialdemokratie an, wobei sie das indifferente Bürgerstimmentum mit dem Rufe „Rettet Hamburg“ aufrüttelten. Sein Mittel wurde verschmäht, um die Nichtwähler gegen die Sozialdemokratie an die Urne zu bringen. Nicht geringer war der Ansturm von links, der von den Kommunisten mit jeder Lüge und Verleumdung geführt wurde. Dem Vereinigten Ansturm gegenüber hat die Sozialdemokratie ihren starken Stimmenerfolg von 1927 behalten. Den 173 368 Stimmen der Wahl vom Oktober 1927 stehen jetzt 246 630 Stimmen gegenüber, während im Oktober vorigen Jahres 247 489 Stimmen erreicht wurden. Infolge der verstärkten Agitation der bürgerlichen Parteien wurden insgesamt 40 000 Stimmen mehr als im Oktober 1927 abgegeben. Außerdem ist die Verteilungssiffer für die Mandate im Vergleich zu den letzten Wahlen größer geworden. Infolgedessen bleibt die Mandatsziffer der Sozialdemokratie hinter der im Oktober erreichten Ziffer von 63 um 3 zurück.

Den stärksten Anteil an der gesteigerten Wahlbeteiligung haben die Demokraten. Einen Gewinn haben auch die

Volksparteier und die Nationalsozialisten. Die Demokratische Partei erhielt im Vergleich zu der Oktoberwahl 5 und die Volkspartei 2 Sitze mehr, während der Stimmenzuwachs der Kommunisten keine Veränderung in der bisherigen Mandatsziffer bringt. Die deutschnationalen haben aber wiederum 5000 Stimmen und damit 3 weitere Sitze verloren. Auch die Splitterparteien sind trotz dem Urteil des Staatsgerichtshofes nicht auf ihre Kosten gekommen. Die elf Listen von kleinen Gruppen und Grüppchen brachten es z. B. nur auf insgesamt 4723 Stimmen. Davon ist die stärkste Gruppe die der Beamten und Angestellten mit 1001 Stimmen, die mit dieser Ziffer nicht einmal ein Drittel der für ein Mandat erforderlichen Stimmen aufgebracht hat.

Im einzelnen ergaben die Hamburger Wahlen an Stimmen und Mandaten der gestrigen und der letzten Oktoberwahl:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokratische	246 630	63
Deutschnationale	94 039	25
Kommunisten	114 223	27
Demokraten	87 522	16
Volkspartei	85 471	18
Zentrum	9 393	2
Volkrechtspartei	5 335	1
Nationalsozialisten	14 739	2
Wirtschaftspartei	20 048	6

Fünf Pfennig statt drei

Der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie

Der Ausgang der Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in der mitteldeutschen Metallindustrie kann die Metallarbeiter nicht befriedigen. Der vom Schlichter am Sonnabend gefällte Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des Spitzenlohnes für Arbeiter um 5 Pf. auf 80 Pf. vor. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Gegenüber dem 3-Pf.-Schiedsspruch des Wagenerer Schlichters vom 12. Januar ist also eine weitere Zulage von 2 Pf. pro Stunde hinzugekommen. Die Forderung der Metallarbeiter betrug 15 Pf.; der erste Schiedsspruch brachte ein Plusket, der zweite bringt ein Drittel der Forderung der Metallarbeiter. Für den Anhalter Bezirk sind besondere Bestimmungen zur Sicherung der Leistungszulagen getroffen worden: die Gelehrten über 23 Jahre erhalten 10 Pf., die Angelernten 7 Pf. und die Angelernten 5 Pf. Die Jugendlichen des Anhalter Bezirkes bis zu 16 Jahren erhalten 22 Pf., bis zu 17 Jahren 19 und bis zu 18 Jahren 32 Pf. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll sobald wie möglich erfolgen. Der Streik kann die Ausperrung gelten nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses; Wahrgelungen dürfen nicht erfolgen. Die neue Lohnregelung soll bis zum 31. Dezember 1928 laufen. Die Erklärungssfrist für den Schiedsspruch läuft am Montag, dem 20. Februar, mittags 12 Uhr, ab.

Die Kürze der Erklärungssfrist macht eine Urabstimmung unmöglich. Daß die Metallarbeiter sich für den Spruch nicht begeistern können, liegt auf der Hand. Das Ergebnis der Verhandlungen entspricht nicht den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter. Die Arbeitgeber, die bei den Verhandlungen abhandeln nicht mit sich reden ließen, haben eine erfolgreiche Lösung des Konflikts zunächst vereitelt. Sie haben den Schiedsspruch abgelehnt. Nach ihren bisherigen Erklärungen, daß es ihnen

absolut unmöglich sei, über den 3-Pf.-Schiedsspruch hinauszugehen, läßt ihnen nichts anderes übrig. Das kann aber niemand darüber hinwegtäuschen, daß sie auch bei dem neuen Schiedsspruch noch immer recht glimpflich davongekommen sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der neue Schiedsspruch nunmehr rasch für verbindlich erklärt werden.

Ründigungen in der Metallindustrie

Köln, 18. Februar. (Eig. Druck.) Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Köln und Umgebung hat den Wegschaften von Köln zum Sonnabend, dem 3. März, gelündigt. Es konnten etwa 30 000 Arbeiter in Frage. Auch im Aachener Bezirk sollen die Metallarbeiter am 3. März ausgesperrt werden, ebenso in Turen, Schwalder und Stolberg. Hier kommen etwa 5000 Arbeiter in Frage. Das gleiche wird gemeldet aus dem Rüdchen-Waldbacher Bezirk, wo ungefähr 10 000 Arbeiter am 3. März von der Ausperrung betroffen werden sollen.

Zur Ausperrung bereit

D. Berlin, 20. Februar. (Eig. Funkdruck.) Der Ausperrungsbeschluss der Metallindustriellen ist — abgesehen von Rheinland und Westfalen — im ganzen Reich fast restlos durchgeführt worden, zum Teil freiwillig, zum Teil unter dem Druck der Großbetriebe. In der Schiedsfrage für die mitteldeutsche Metallindustrie aber wahrscheinlich heute noch für verbindlich erklärt wird, dürfte die für den 22. Februar angekündigte Ausperrung voraussichtlich nicht in Kraft treten.